

Krafsamer Zeitung.

Nr. 201.

Freitag den 4. September

1863.

Die „Krafsamer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis: für Kassa 3 fl., mit Verfrachtung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Kr., einzelne Nummern 9 Kr. Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

VII. Jahrgang.

Insertionsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Zeile für die erste Einrückung 7 Kr. für jede weitere Einrückung 3 Kr. Stempelgebühr für jede Einrückung 30 Kr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Karl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Krafsau, 4. September.

Das neue den Fürsten in der Nacht vom Sonntag zum Montag eingehändigte österreichische Pro-memorandum lautet nach der „Fr. Z.“ wie folgt:

Nachdem der Augenblick gekommen ist, wo nach erfolgter Bestimmung der entscheidendsten und wesentlichsten Punkte der Verhandlungsgrundlage zum völligen Abschluß der ersten Aufgabe, welche die souverainen Fürsten und die Vertreter der freien Städte nach Frankfurt geführt hat, nunmehr noch die Berathung über die offen gelassenen Detailfragen von weniger hervortretendem Belange ansteht, so halten sich Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich des erhabenen Einverständnisses Allerhöchst Ihrer Bundesgenossen damit für versichert, daß diese schließlichen Verhandlungen einer zu versammelnden Minister-Conferenz zu überweisen seien. — Auf das Innigste vertraut mit der hochwichtigen Frage des Augenblicks, sowie nicht minder mit den Gedanken ihrer Fürsten über deren Inhalt und Gestaltung zum wahren Wohle des gemeinsamen Vaterlandes, werden die in Berathung tretenden Minister eingehender Instruktionen nicht bedürfen; nach Sr. Majestät Erwachten wären jedoch deren Grenzen bestimmt zu ziehen und zwar insbesondere die Bevollmächtigten in den Stand zu setzen, die von den Fürstenversammlung ihrer Prüfung zugewiesenen Entwurfs-Artikel soweit zu erledigen, daß nur noch die Ratification der Souveraine vorbehalten bliebe. Zugleich wären die Minister angewiesen, keine derjenigen Bestimmungen, welche seitens der Fürsten nach gemeinsamer reiflicher Erwägung bereits festgestellt worden sind, in den Minister-Conferenzen zum Gegenstande abermaliger Discussion zu nehmen und überhaupt von dem Grundsatz auszugehen, es seien die ausgegebenen Artikel im Geiste jener angenommenen anzufassen und in diesem Sinne das Reformwerk zu ergänzen und abzuschließen. — Was den Zeitpunkt anbelangt, in welchem zu diesen Conferenzen zu schreiben wäre, sind zwei verschiedene Meinungen laut geworden. Nach der einen hätte schon das vorliegende Ergebnis des Fürstentages an Se. Majestät den König von Preußen mit der Einladung gebracht zu werden, zu dem vorerit in Aussicht genommenen Ministerial-Conferenzen Allerhöchstigen Bevollmächtigten abzusenden. Nach der anderen Ansicht hätte die Minister-Conferenz unverweilt zu beginnen und jener Schritt zur Herbeiführung allseitig gewünschter Verständigung erst nach Abschluß der Gesamt-Berathungen zu geschehen. Se. Majestät der Kaiser glauben dieser letzteren Meinung, und zwar aus folgenden Gründen, beitreten zu sollen. Wenn gegen die sofortige Aufeinanderfolge der Conferenzen Bedenken geltend gemacht werden, welche sich aus den begründeten Ansprüchen Preußens auf gehobene Rücksichtnahme herleiten lassen, so glauben Se. Majestät der Kaiser vielfach bewiesen zu haben, daß Allerhöchstdemselben nichts ferner liege, als deren Außerachtlassung. Aber gerade deshalb dürfte die Einladung zur Theilnahme an Beratungen unangemessen erscheinen, welche in Verhältnisse zu jenen der Fürstentage in zweiter Linie stehen, und wobei den feststehenden Vereinbarungen der Conferenzen der Souveraine gegenüber, dem Vertreter Sr. Majestät des Königs eine Theilnahme angemessen würde, die mit den eben erwähnten selbstigen Rücksichten schwer in Einklang zu bringen sein möchte. Endlich kann wohl Niemand, dem daran liegt, daß das mit so aufopfernder patriotischer Hingebung dem bisherigen inhaltreichen Ergebnisse zugeführte Werk zu völligem Abschluß gebracht und nicht durch unnötigen Aufschieb bedauerlichen Verzögerungen ausgesetzt werde, die hohe Wichtigkeit des unmittelbaren Anschlusses der Minister-Conferenzen an die persönlichen Beratungen der Souveraine verkennen wollen. Deutschland steht einem baldigen ganzen Resultate mit Spannung entgegen; diese Erwartung in das in nahe Aussicht Gestellte ist eine berechtigte und die Aufforderung unabwendbar, Alles aufzubieten, um Enttäuschungen zu vermeiden. — Von diesen Erwägungen ausgehend, zählen Se. Majestät auf die Zustimmung der hohen Mitverbündeten, wenn Allerhöchstselben die angeführte Vereinigung der hier versammelten Minister der souverainen Fürsten und Vertreter der freien Städte zur möglichst zu beschleunigenden Lösung der ihnen gestellten Aufgabe in Ministerialconferenzen, und zwar sofort in Frankfurt selbst, beantragen.

Die wichtigsten Modificationen, welche der dem Frankfurter Fürstentag vorgelegte Reformentwurf erfahren, beziehen sich auf die Artikel 8, 11 und 20. Dieselben lauten nun: Art. 8. Zu jeder Kriegserklärung sind zwei Dritteltheile der Stimmen des Bundesrathes erforderlich; auch bei einem Angriffe auf nicht-deutsches Gebiet eines Bundesgliedes. Art. 11. Für Gesetzesvorschläge zu Verfassungsänderungen oder über Gegenstände, welche bisher zur Legislation der Einzelstaaten gehörten, ist Einstimmigkeit erforderlich. Art. 20. Die für manche Fälle beantragte Majorität von vier Fünfteln wurde in eine Majorität von drei Vierteln abgeändert. Zum besseren Verständniß lassen wir den ursprünglichen Wortlaut der modificirten Bestimmungen der Art. 8, 11 und 20 folgen. Die modificirte Bestimmung des Art.

8 lautete in dem ursprünglichen Entwurfe: „Zu einer förmlichen Kriegserklärung des Bundes ist ein im Bundesrathe mit zwei Dritteltheilen der Stimmen gefaßter Beschluß erforderlich. Ergibt sich die Gefahr eines Krieges zwischen einem Bundesstaat, welcher zugleich außerhalb des Bundesgebietes Besitzungen hat und einer auswärtigen Macht, so hat das Directorium den Beschluß des Bundesrathes darüber, ob der Bund sich am Krieg betheiligen wolle, zu veranlassen. Die Entscheidung hierüber erfolgt mit einfacher Stimmenmehrheit. Wird das Bundesgebiet durch feindliche Streitkräfte angegriffen, so tritt der Stand des Bundeskrieges von selbst ein.“ Art. 11 bestimmte im ursprünglichen Entwurfe: „Gesetzesvorschläge, welche eine Abänderung der Bundesverfassung in sich schließen, oder auf Kosten des Bundes einen neuen Theil der Gesetzgebung der Einzelstaaten angehörig Gegenstand überweisen, können im Bundesrathe nur mit einer Mehrheit von wenigstens 17 Stimmen genehmigt werden.“ Die modificirte Bestimmung des Art. 20 ist im Entwurfe gleichlautend mit der eben citirten Bestimmung des Art. 11, mit Ausnahme der letzten Worte, welche im §. 20 lauten: „können in der Versammlung der Bundesabgeordneten nur mit einer Mehrheit von wenigstens vier Fünfteln der Stimmen angenommen werden.“

Art. 3. lautet: Das Directorium des Deutschen Bundes besteht aus sechs Stimmen: 1) aus dem Kaiser von Oesterreich, 2) aus dem Könige von Preußen, 3) aus dem Könige von Baiern, 4) aus den Königen von Sachsen, Hannover und Württemberg, in jährlichem Wechsel durch einen aus ihrer Mitte, insofern nicht eine andere gemeinschaftliche Vereinbarung unter ihnen eintritt, 5) aus einem durch den Großherzog von Baden, den Kurfürsten von Hessen, den König von Dänemark als Herzog von Holstein und Lauenburg, den Herzog von Braunschweig, die Großherzoge von Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz und den Herzog von Nassau zu wählenden Bundesmitgliedern, 6) aus einem durch den Großherzog von Sachsen-Weimar, den Großherzog von Oldenburg, die Herzoge von Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Koburg-Gotha und Anhalt, die Fürsten von Schwarzburg-Sondershausen, Schwarzburg-Rudolstadt, Liechtenstein, Waldeck, Reuß ältere Linie, Reuß jüngere Linie, Schaumburg-Lippe, den Landgrafen von Hessen-Homburg und die freien Städte Lübeck, Frankfurt, Bremen und Hamburg zu wählenden Bundesgliede. Die Wahlen unter 5 und 6 geschehen auf drei Jahre und unter Anwendung des im Artikel 6 der Bundesacte festgestellten Stimmverhältnisses, in sofern nicht unter den unter 5 genannten Staaten eine andere gemeinschaftliche Vereinbarung eintritt. Die Mitglieder des Directoriums werden sich in der Regel durch Bevollmächtigte am Bundesitze vertreten lassen. Es bleibt ihnen jedoch vorbehalten sich bei wichtigeren Veranlassungen zu vereinigen, um die Befugnisse des Directoriums in Person auszuüben.

Darüber, ob die Minister-Conferenzen jetzt unmittelbar ihren Anfang nehmen werden, wird vielfach herumgestritten. Die „National-Ztg.“ zweifelt, daß die Minister-Conferenzen unmittelbar auf den Congreß folgen und ohne Preußen gehalten werden sollen und sagt: „Die Stimmung scheint sich mehr dahin zu neigen, daß der Entwurf zuerst an Preußen gehen soll, und daß die Minister-Conferenzen bis nach Preußens Erklärung verschoben werden.“ Die Frage dürfte in folgendem ihre Lösung finden. Nach der „A. Z.“ wird nämlich eine Minister-Conferenz sich dem Fürstentage unmittelbar anschließen, jedoch ist diese nicht mit jener zu verwechseln, für welche Preußen seine eventuelle Theilnahme in Aussicht gestellt hat. Die jetzige Minister-Conferenz ist das unmittelbare Complement des Fürstentages, sie hat den Reformentwurf, wie er aus den förmlichen Beratungen hervorgegangen, formell und redactionell festzustellen, und erst dieses Clariorat, wenn es überall ratificirt ist, unterliegt der Mittheilung an Preußen, Lippe-Deimold und Dänemark, von deren Äußerungen darüber einzuholen. Dem entsprechend meldet auch die „Gen.-Corr.“ daß Graf Rechberg und Baron v. Biegeleben vorläufig noch in Frankfurt zurückbleiben werden. Die Aufgabe der genannten Staatsmänner sei noch nicht vollendet, denn ohne daß förmliche Minister-Conferenzen in Frankfurt stattfinden, liege doch den Staatsmännern, welche ihre Souveräne zum Frankfurter Tage begleiteten, nunmehr ob, das von den Souveränen beauftragte und sanctionirte Werk formell abzuschließen und zur praktischen Ausführung vorzubereiten.

Das Reformwerk der deutschen Fürsten verursacht in den Tuilerien großes Mißbehagen und Preußen,

welches bei Fremden Schutz sucht gegen die eigenen Stammesgenossen, wird mit offenen Armen empfangen. Man sucht die Revanche für Frankfurt in — Warschau. Ein Pariser Corr. des „Votchsfr.“ glaubt, daß die deutsche Bundesreformfrage Gegenstand der am 2. d. plötzlich anberaumten Minister-Berathung war. Der Corr. schreibt: Ueber die Art, wie die Reformacte im Tuileriencabinete aufgesetzt wird, kann um so weniger ein Zweifel mehr obwalten, als Herr v. Goltz in den letzten Tagen wiederholt mit den Ministern conferirte. Herr v. Goltz scheint, was der Fürst von Hohenzollern in Chalons eingefädelt, weiter fortzuspinnen. Die Rolle des Fürsten von Hohenzollern war einfach die eines Vermittlers zwischen hier und St. Petersburg, und wir glauben ihn geradezu als den Pöthen der russisch-französischen Allianz bezeichnen zu dürfen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Preußen auch auf den Umschwung der Dinge in St. Petersburg eingewirkt. Ueber das Wesen dieses Umschwunges verlaute noch nichts Faßbares, klar ist aber, daß die Situation bereits eine veränderte ist, und wer weiß ob nicht und zwar schon in den nächsten Tagen plötzlich wieder die orientalische Frage an die Stelle der polnischen treten wird. Thatsache ist, daß Minister Duruy schon vor einigen Tagen in einem engeren Rathe den Satz ausgesprochen: „Die orientalische Frage liegt nicht in Constantinopel, sondern in Warschau.“

In Paris, schreibt ein Corr. der „Köln. Ztg.“ vom 31. v. M., glaubt man jetzt allgemein, daß, wenn Rußland einfach den Polen eine Verfassung gibt, die französische Regierung sich zufrieden erklären wird. Daß man in Petersburg diesen Weg vorge-schlagen und in Paris darauf eingegangen, gilt für Thatsache. Der Frankfurter Fürstentag scheint das Seinige zu dieser Lösung beigetragen zu haben. Heute war Ministerrath in St. Cloud. Der Kaiser präsidirte demselben. Der heutige Ministerrath kam ganz unversehens, und zwar versichert man, der Kaiser habe ihn in Folge der dem Grafen v. d. Goltz ertheilten Audienz zusammenberufen. Höchst charakteristisch ist die Haltung der officiösen Presse, die plötzlich von Artigkeiten gegen Preußen überfließt. Wenn sogar das „Pays“ seiner österreichischen Sympathien vergißt und Preußens Großmacht-Stellung, seine Gleichberechtigung mit Oesterreich, seine Rolle im Zollvereine, seinen militärischen Ruhm hervorhebt, so muß es gute Gründe für eine solche Modification seiner gewöhnlichen Tendenzen haben. Die „Nation“ macht Preußen ebenfalls ihre Complimente und nennt es „den wahren Mittelpunkt und das wahre Herz“ des modernen Deutschland. Den Anhängern der deutschen Einheit gibt freilich die „Nation“ in demselben Artikel wenig Trost und Ausblick. Daß Preußen auf eine Verständigung Frankreichs und Rußlands hin-arbeite, kann somit wohl nicht mehr bestritten werden.

Ueber die Stellung Frankreichs zur polnischen Frage schreibt ferner ein Pariser Correspondent der Elberfelder Zeitung, was in Petersburg auch immer beschlossen werden möge, zu kriegerischen Maßregeln werde es in keinem Falle kommen; aber in den Tuilerien oder richtiger gesagt in St. Cloud wisse man, daß in Petersburg Anzeichen von der Tendenz vorhanden sind einige Concessionen zu machen, und man sei zum Voraus entschlossen sich mit denselben als einer Abfchlagzahlung zu begnügen, um sich so vollständig wie möglich aus der „polnischen Frage“ zurückzuziehen. Es ist übrigens positiv, daß der Kaiser Napoleon einen confidentiellen Schritt bei Alexander II. gethan hat, um ihn zu einer Entscheidung zu veranlassen, welche die Wiederanknüpfung der guten Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland anbahnen würde.

Die „W. Abp.“ schreibt: In der Beurtheilung der gegenwärtigen politischen Situation zeigt sich aber-mals das unsichere Herumtasten, das Suchen nach Anhaltspunkten, wie sie uns seit dem Austausch der polnischen Frage schon zu wiederholten Malen entgegengetreten sind. Jedermann sieht, daß die Situation verändert ist, und erörtert die Chancen neuer politischer Constellationen. Vor allem sind die französischen Blätter geschäftige Vermittler solcher Combinationen, denen bekanntlich im Wesentlichen die Voraussetzung einer russisch-französisch-preussischen Annäherung zu Grunde liegt. Wir citiren „La France“, welche selbstverständlich auch den Umschwung der russischen Politik zum Ausgangspunkte nimmt. Rußland würde ihr zufolge mit der Acceptation liberaler Ansichten nur in logischer Weise der Strömung des Zeitgeistes folgen der keine autokratische Unbeweglichkeit und Isolirung dulde, und Rußland sei reif für freiheitliche Institutionen, zu denen Kaiser Alexander mit der Emancipation der Leibeigenen bereits den Anstoß gegeben habe. Die Pacificirung Polens wäre nicht nur ein Act der Gerechtigkeit und Huma-

nität, sondern auch ein Act einer eben so geschickten als würdigen Politik. Was Preußen anbelange, so habe es in dem Maße, in welchem Oesterreich an Popularität gewonnen, Popularität verloren. Durch die Vermittlung eines befriedigenden Ausgleichs in der polnischen Frage scheine Preußen, indem es sich auf die Dankbarkeit Rußlands stützt und der sympathischsten Beziehungen zu Frankreich sicher ist, das Verlorene wieder gewinnen wollen. Frankreich, das nur die Interessen der europäischen Ordnung im Auge habe, nicht durch Erwägungen zweiten Ranges wie England und Oesterreich beirrt werde und keine Schwächung Rußlands wünsche, könne eine solche Lösung nur willkommen heißen. Daß diese Combinationen mit der Ehre deutschen Namens nicht sehr sorgsam umgehen, liegt auf der Hand. Hat man doch die Ankunft des Fürsten von Hohenzollern in Chalons und Paris in einem Sinne gedeutet, den eben die preussische Regierungspolitik auf das entschiedenste zurückweisen mußte. Hoffentlich wird indeß die Frage der deutschen Reform, so weit die Ansichten über ihre Zweckmäßigkeit und ihre eigentliche Aufgabe auseinandergehen mögen, nicht einmal äußerlich die Motivirung von Voraussetzungen dauernd abgeben können, die, wie die „A. Ztg.“ treffend bemerkt, „Deutschland eben so tief wieder herabsinken als die Frankfurter Tage es gehoben haben.“

Zientlich richtig mag die Situation im Ganzen von dem Pariser Correspondenten der „A. Ztg.“ beurtheilt werden, wenn er sagt: „Aus dieser Lage der Verhältnisse auf eine Conspiration zu dreien gegen Oesterreich, Deutschland und England zu schließen, das ist doch zu absurd. Es geht nicht so schnell, und es geht überhaupt gar nicht. Doch mag der üble Laune hier und da ein Sicherheitsventil geöffnet werden, um das Publicum z. B. mit dumpfen Gerüchten und schwülen Journal-Artikeln zu — entlangweilen, desennuyer. Darüber hinaus werden auch preussische Inspecienten, für deren Tactlosigkeit wohl Niemand verantwortlich ist, den Scandal nicht treiben können. Auch wird es nicht so leicht sein, die deutsche Reformfrage in der liberalen Meinung Frankreichs zu verpfuschen. So z. B. sagt das Wochenblatt „La Discussion“: „Ein Mittelreich, Central-Europa würde ein Gravitätscentrum bilden und die lateinische Welt von der moskowitzischen scheiden, aber mit denselben Tendenzen gemäß dem deutschen Charakter. Das ist der Zweck des Frankfurter Congresses. Wir Franzosen müssen uns damit abfinden. Der jugendliche Nachkomme Karls V. scheint eine Rolle zu erreichen, um die ihn der „große Kaiser“ beneiden würde. Als Publicisten constatiren wir, daß Franz Joseph augenscheinlich nur so hoch steigt, weil er mit seinem Jahrhundert geht. Wellingtons Devise lautet: „virtutis fortuna comes.“ Das Glück begleitet den Muth, und man kann sagen, es gefällt sich heute zur Freiheit.“

Herr v. Bismarck ist, wie die „Europe“ einer Stelle der bekannten Brüsseler „Enthüllungen“ über den Fürstentag gegenüber bemerkt, in Gastein vom Kaiser nicht empfangen worden.

Die gestrige Nachricht, das Turiner Cabinet bereite einen Protest gegen den Art. 8 der Bundesreformacte vor, ist nicht völlig genau. Wie wir heute erfahren, würde es sich nicht um einen förmlichen Protest handeln, sondern um ein Rundschreiben an die Großmächte — ob auch an Preußen, wissen wir nicht — worin die Turiner Regierung ihre Bedenken gegen die Vorgänge in Frankfurt geltend mache. Die stark renommitivisch gefärbte Politik der Turiner Regierung, welche sie antreibt, keine Gelegenheit vorüber gehen zu lassen, von sich zu reden oder von sich reden zu machen, erklärt jenen Schritt, befreit ihn aber nicht von dem Fluch des Lächerlichen. Die Turiner Regierung wird nicht im Ernst es versuchen wollen, der Meinung Geltung zu verschaffen, als habe die von Oesterreich angeregte Reform des deutschen Bundes eben zur den Zweck, denselben in einen Offensivkrieg Oesterreichs gegen Italien zu verwickeln. Umgekehrt dürften gegen Oesterreich gerichtete Angriffe und Eroberungs-Velleititäten Angesichts eines neuorganisirten deutschen Bundes freilich schwerer zu verwirklichen sein. Das mag der Turiner Regierung unangenehm genug sein, aber die Naivetät dies einzusetzen, ist ihr trotz alledem nicht zuzutrauen. Hat sie also in der That jenes Rundschreiben ausgeben lassen, so wüthet sie damit nur gegen ihr eigenes Fleisch ohne mehr zu erreichen, als die Genugthuung, wieder einmal diejenigen, welche ein gekränktes Deutschland höchst ungerne sehen, carrirt zu haben.

„Vesti Naplo“ beleuchtet die mehrseitig aufgetauchte Frage, ob die in Angriff genommene Reform des deutschen Bundes irgend einer auswärtigen Macht den Vorwand zu einer berechtigten Einsprache bieten könne, und beantwortet dieselbe mit einem kategori-

„Nein!“ Wir können zwar, sagt Baron Keme... aus der inspirirten französischen Presse jene angebliche Mißstimmung gegen Frankfurt nicht herauslesen, welche von vielen Seiten darin gefunden wird (der geehrte Verfasser mag, als er den berühmten Aufsatz schrieb, den Artikel der französischen Departementsblätter wohl noch nicht gekannt haben, der in jedem Oesterreicher die gerechteste Entrüstung hervorrief. D. R.), doch wenn es auch so wäre, so wird doch nichts an der Thatsache geändert, daß die bisher in der deutschen Frage geschehenen Schritte keiner auswärtigen Macht auch nur den geringsten berechtigten Vorwand bieten könnten, ihre Mißstimmung offen kund zu geben, vielweniger aber eine Einsprache zu erheben. Es ist unzweifelhaft, daß Deutschland durch die beantragte Reform eine wesentliche Erstarkung sowohl im Innern als nach Außen gewinnen wird. Doch bietet das, was die Kraft eines Staates stählt, an sich noch kein Recht für einen anderen Staat zu Reclamationen oder gar zu einem Kriege. In der Fortschritt, sei er ein geistiger oder materieller, stärkt die Kraft eines Staates nur denjenigen gegenüber, die stehen bleiben oder gar rückwärts schreiten; eine derartige Störung des Gleichgewichtes bringt wohl für den rückwärts Gehenden Schaden und Schande, zu einem Proteste aber kann dieselbe kein Recht verleihen. Europa hat die Juli-Dynastie auf dem Throne Karls X. geduldet, hat die zweite französische Republik nicht angegriffen und hat das zweite französische Kaiserreich auch gegen den Wortlaut der Wiener Verträge mit Zustimmung begrüßt. Alles was in Frankfurt geschehen ist, geschah unter einer aufs genaueste beobachteten Schonung der bestehenden Interessen und Rechte, es trägt den Stempel einer conservativen Reform in unerkennbarer Weise an sich. Im strengsten Sinne eine rein innere Angelegenheit kann die deutsche Reform in der Art, wie sie in Angriff genommen wurde selbst vom strengsten legitimistischen Standpunkte keine Einsprache begründen. Durch die angebotene Reform wird weder das Souveränitätsrecht irgend eines deutschen Fürsten in Frage gestellt, noch eine Vergrößerung Deutschlands auch nur um eine Handbreite angestrebt. Die innere Erstarkung Deutschlands ist es, die erreicht werden soll und auch erreicht werden wird, theils durch die Sympathien, die sich Deutschlands Fürsten im deutschen Volke erworben, theils durch die Zusammenfassung und Vereinigung der Kraft des deutschen Volkes. Wenn diese Thatsache eine Berechtigung zum Proteste geben würde, dann hätte man einer gefunden Logik nach vor Allem damals protestiren müssen, als die deutschen Staaten, insbesondere Preußen und Oesterreich, mit constitutionellen Einrichtungen beschenkt wurden; denn Niemand wird bezweifeln wollen, daß nur das constitutionelle Leben die Kraft der Völker stärkt und concentriert. Die angestrebte Reform — schließt der ungarische Politiker — ist und bleibt daher eine rein innere Frage, selbst dann, wenn man in ihr weiter gehen, wenn man das Princip der direkten Wahlen adoptiren, ja selbst wenn man das Directorium einer einzelnen Person übertragen wollte und sollte. Selbst dann könnte vor der Einsprache einer auswärtigen Macht keine Rede sein, es könnte dieselbe nur insofern erfolgen, als jemand, der einen ungerechten Krieg will, denselben auch unter dem wichtigsten Vorwand provociren kann, wenn er gewissenlos genug ist, die internationalen Rechte mit Füßen zu treten.

Die gestrige „France“ sagt, sie habe Briefe erhalten, welche Andeutungen über den russischen Verfassungsentwurf bringen, der im Rathe des Kaisers discutirt werden soll und von dem Kaiser selbst herrührt. Es ist darin von zwei Kammern die Rede, einem Senat, der aus 300 lebenslanglich ernannten Mitgliedern bestehen werde, und einer Kammer von 450 Mitgliedern, welche aus einer noch speciell zu organisirenden Wahl hervorgehen würden. Unabhängig von der Centralvertretung würden die einzelnen Provinzen noch Specialversammlungen erhalten; so z. B. würde die Ständeversammlung für Polen in Warschau tagen. Mit Finnland würde es sich ähnlich verhalten.

Heute hat La „France“ abermals Details über die projectirte russische Verfassung. Neun Theile des Reiches, Finnland, die Niseeprovinzen, Großrußland, Kleinrußland, Südrußland, Westrußland, Polen, Ost- und Sibirien würden besondere Landtage, das kaukasische und das amerikanische Rußland wieder anders geartete Einrichtungen, dagegen Polen, falls es sich weigern sollte, die Deputirtenkammer des Reiches zu beschicken, eine gesonderte constitutionelle Verwaltung erhalten.

In Paris erwartet man Neber Pascha aus Aegypten, der die Mission erhalten hat, das auf den Suezcanal bezügliche Arrangement zwischen der Pforte und Aegypten der französischen Regierung vorzutragen. Dem Vernehmen nach ist dies Arrangement der Art, daß der Kaiser Napoleon es schwerlich billigen wird, da es sich um nichts Geringeres handeln soll, als die Gesellschaft des Herrn v. Lesseps abzufinden und die Leitung der Arbeiten des Suezcanals dem Vicekönig von Aegypten zu übertragen, von dem es alsdann abhängen würde, das Project nicht in's Wasser fallen — sondern im Sande verenden zu lassen.

Die „Nation“ meldet: Die französische Regierung hat, wie man sagt, einen wichtigen Beschluß gefaßt. Nachdem die provisorische Regierung von Mexico um die Meinung der französischen Regierung gefragt hat, ob sie die conföderirten Staaten anerkennen solle oder nicht, hat das Tuilerien-Cabinet entschieden, daß dieser Anerkennung nichts im Wege stehe. Selbstverständlich, wenn Mexico die Südstaaten

anerkennt, so werden diese ihrerseits die in Mexico errichtete Regierung anerkennen.“ (Dagegen verläutet andererseits, daß Präsident Lincoln beschloßen, seine Beziehungen zu Suarez aufrecht zu halten. Es ist dies ein kräftiger Protest gegen die jetzigen Zustände in Mexico).

Verhandlungen des Reichsrathes.

Der Ausschuß für die Concursordnung, schreibt die „Gen. Corr.“, hat am 1. d. seine durch 8 Tage unterbrochen gewesenen Sitzungen wieder aufgenommen. In seiner Vormittags-Sitzung hat er die §§. 151 bis 165 erledigt. Es sind einige nicht unwesentliche Abänderungen an der Regierungsvorlage vorgenommen worden. Gewisse im §. 152 angeführte Geschäfte wie z. B. Abtretung von industriellen Unternehmungen im Vergleichswege mit Last und Vortheil usw. sollten nach dem Regierungsentwurfe nur mit Genehmigung des Concursgerichtes unternommen werden können. Der Ausschuß beschränkte die Nothwendigkeit der gerichtlichen Genehmigung auf den Fall, wenn solche Geschäfte vor Abhaltung der Liquidirungstagesfahrt unternommen werden sollen. Nach derselben sollen derlei Geschäfte nur auf Grund der Beschlüsse der Gläubigerschaft stattfinden. In dem 11. Abschnitt „von der Beendigung des Concurses“ sind einige neue Bestimmungen und Paragraphe aufgenommen worden.

In der Nachmittags-Sitzung vom 1. d. hat der Concurs-Ausschuß in Bezug auf die Bestimmung der Kosten des Massa-Verwalters und seines Stellvertreters von der Regierungsvorlage einigermassen abweichende Beschlüsse gefaßt. Die Kosten des Massaverwalters oder seines Stellvertreters sollen nach dem Ausschussesbeschlusse von dem Gläubigeraussschusse bestimmt werden. Findet sich der Massaverwalter durch die Bestimmung beschwert, so kann er innerhalb 14 Tagen nach Bekanntgabe die Bestimmung der Kosten durch das Concursgericht begehren. Auch die einzelnen Gläubiger sollen ein Beschwerde-recht und eine Frist von 14 Tagen haben. Am 2. d. hat keine Sitzung des Concursaussschusses stattgefunden.

Der Reichsraths-Abgeordnete Dr. Jakob Sitta, mährischer Landesadvocat und Bürgermeister von Iglau, ist am 30. v. Mts. in Wien gestorben. Sitta war Abgeordneter für Mähren und gehörte der Linken des Abgeordnetenhauses an.

Landtagsverhandlungen.

Im siebenbürgischen Landtage wurde die Generaldebatte über die Gleichberechtigung der Rumänen am 28. begonnen und am 29. beendet. Am ersten Tage sprachen größtentheils Rumänen, am zweiten Sachsen. Die Redner beider Parteien hielten an ihrem Standpunkte. In der Sitzung vom 28. August hatte Bischof Schaguna die Idee angeregt, die nationale und religiöse Gleichberechtigung in zwei gesonderten Artikeln zu formuliren. Sull erklärte sich eventuell für sie, und Rannicher legte am selben Tage zwei gesonderte Gezeqnetwürfe vor. Der Berichterstatter Trausenhels sprach sich jedoch entschieden gegen diese aus. Sie fanden auch keine Unterstützung.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 3. September.

Ihre Majestät die Kaiserin wird bis zur Rückkehr des Kaisers den Aufenthalt in Schönbrunn nehmen und am Freitag früh in Wien eintreffen.

Nach der „G.-C.“ ist in Betreff der vom Freiherrn von Thierry im Verein mit John Drell Lever projectirten Union-Bank die allerhöchste Schlußfassung bereits herabgelangt.

Die Bundesstruppen-Inspection hat sich gestern früh 7 Uhr von hier über Floridsdorf nach dem Steinfeld begeben, um dort den Schießübungen mehrerer Batterien beizuwohnen. Nachmittags trifft die Commission wieder in Wien ein und ist derselben zu Ehren Diner bei dem Herrn FM. Erzherzog Albrecht. Prinz Karl von Preußen, dessen militärische Mission übrigens 24 Stunden vor der Rückkehr des Kaisers nach Wien beendet sein wird, hat sich hier der größten Aufmerksamkeit zu erfreuen. Er bewohnt die Kaiserzimmer im ersten Stock der Hofburg, und der Feldmarschall Erzherzog Albrecht macht die Honneurs. Auch die übrigen Mitglieder der Bundesinspection werden mit der ausgezeichnetsten Rücksicht behandelt. Der sächsische General v. Gafe und der hannoversche General Baron Hammerstein sind auf Kosten des Hofes und mit der Weisung an den Hotelbesitzer, sie gleich fürstlichen Gästen zu bewirthen, in einem Hotel ersten Ranges einquartirt.

Der k. hannoversche Gesandte Baron v. Stochhausen ist heute von München hier angekommen.

Die vom „Botschafter“ gebrachte Nachricht von der unter Gewaltandrohung erfolgten Auflösung der ersten sächsischen Brigade wird im „Vaterl.“ als irrig bezeichnet. Man schreibt dem letzteren Blatte aus Venedig: Die piemontesische Regierung hat den Termin für die straffreie Rückkehr der in der Armee des Herzogs von Modena dienenden Soldaten verlängert. Beunruhigt durch die Gerüchte von einer bevorstehenden Auflösung dieses Corps verfügten sich Abgesandte der Mannschaft zum commandirenden General dieses Corps, Sacconi, um sich zu erkundigen, was an diesen Gerüchten Wahres sei und zugleich den einstimmigen Entschluß der Mannschaft anzukündigen, unter keinerlei Umständen von der piemontesischen Annettie Gebrauch machen zu wollen. Zu ihrer Beruhigung erfuhren sie aus dem Munde ihres Generals,

daß die circulirenden Gerüchte unbegründet seien und durchaus nichts vorliege, was auf den Entschluß, die Brigade aufzulösen, hindeute. Uebrigens erhielten die braven Leute die Versicherung im Namen ihres legitimen Herrschers, daß unter allen Umständen für die Zukunft der treuen Soldaten gesorgt und keiner derselben in die Lage kommen würde, gegen seinen Willen zurückkehren und sich der piemontesischen Annettie fügen zu müssen.

Deutschland.

König Wilhelm von Preußen hat am 31. Aug. Baden-Baden verlassen, und sich zum Besuch der Königin Victoria nach Rosenau bei Koburg begeben. Abends vorher war Erz. Leopold daselbst angekommen und im königlichen Schlosse abgestiegen. Der Erzherzog, welcher die Uniform des 1. westpreuß. Grenadier-Regiments, dessen Chef er ist, angelegt hatte, wurde bei der Ankunft auf dem Anhalt'schen Bahnhofe vom Kronprinzen empfangen, auch war der Feldmarschall Brangel, der Polizeipräsident v. Bernuth, der k. k. Militärbevollmächtigte u. anwesend. Am nächsten Vormittag stattete Erzherzog Leopold dem Könige und den in Berlin anwesenden Prinzen Besuche ab und begab sich Mittags zu gleichem Zwecke nach Potsdam.

Der statistische Congress in Berlin, soll am nächsten Montag eröffnet werden. Inzwischen wollen die liberalen Elemente der Vorbereitungscommission für den Congress erst darüber beschließen, ob man unter den obwaltenden Umständen an dem Congresse überhaupt sich theilnehmen solle, eventuell welche Taktik zu befolgen sei.

Die Versammlung der deutschen Land- und Forstwirthe in Königsberg hat in ihrer zweiten Plenarsitzung am 27. August beschloßen, sämmtlichen deutschen Regierungen den Wunsch auszubringen, daß das französische Maß- und Gewichtssystem in allen Punkten Deutschlands eingeführt werde. — In der dritten Plenarsitzung am 29. Aug. ergab sich folgender Zwischenfall. Hr. v. Sanden-Tarputchen bemängelte, daß als Erinnerungszeichen für die Mitglieder dieser Versammlung die preußischen Farben gewählt worden sind; er hält es für angemessen, der Benennung „Deutsche Land- und Forstwirthe“ gemäß, künftig die deutschen Farben dazu zu wählen. — Der Präsident v. Sanden-Julienfeld antwortete darauf, daß es bisher Sitte gewesen, für die Mitglieder als Erkennungszeichen die Farben zu wählen, welche, je nach dem Versammlungsorte, die Farben des Landes sind, und das wäre auch hier der Fall gewesen. Er glaubt, daß sich Jeder das Tragen der preußischen Farben zur Ehre anrechnen könne, des Preußen, das für die Befreiung Deutschlands in den Jahren 1813 und 1814 so tapfer eingestanden ist. — Hr. v. Sanden-Tarputchen erwiderte, er sei mißverstanden worden, auch er erkenne es für eine Ehre an, die preußischen Farben zu tragen; sein Antrag hätte nur bezweckt, es dem Präsidium anheim zu geben, daß von der nächsten Versammlung an jedes Mitglied als Erkennungszeichen die deutschen Farben trage.

Zur Bervollständigung unserer Mittheilungen über die Vorfälle in Darmstadt haben wir noch anzuführen, daß die ständige Deputation des Juristentages am 28. vorigen Monats von dem großherzoglichen Ministerium ersucht worden ist, ihr Bedauern über die Haltung der Mitglieder des Juristentages in Darmstadt auszusprechen; diesem die thatsächlichen Verhältnisse völlig verkennenden Ansuchen wurde nicht entsprochen, die ständige Deputation hat vielmehr in einer dem Vernehmen nach von Professor Dr. Sneyt redigirten maß- und würdevollen, aber entschieden Antwort jenes Ansuchen abgelehnt. Der kaiserliche Sectionschef Herr Hyé-Blumet bemerkt dem „Fr. Journ.“, daß in der Correspondenz „Darmstadt, 29. August.“ der Fall im Darmstädter Theater, in so weit er ihn betreffe, ganz irrig dargestellt worden sei; die ihm auf zwei Eogenplätze zugestellten Billets seien ihm noch vor seinem Eintritt in das Opernhaus gegen zwei Sperrfische umgewechselt worden, somit zu einem Herausweisen aus derloge keinerlei Anlaß gegeben gewesen.

Se. k. Hoheit der Herr Erzherzog Wilhelm ist in München zur Bundesinspection vorgestern früh eingetroffen.

In den verschiedenen norddeutschen Journalen wurde über Besprechungen berichtet, welche zwischen oesterreichischen Abgeordneten und Mitgliedern des Abgeordnetentages anlässlich der durch den Juristentag veranlaßten Zusammenkunft so vieler Abgeordneter in Mainz abgehalten worden sind. Gegenüber mancher tendentioser Darstellung scheint es dem „Botschafter“ nicht unwichtig, hervorzuheben, daß es nicht die oesterreichischen Abgeordneten waren, welche die Initiative ergriffen, sondern daß von Seite der Mitglieder des Abgeordnetentages das Bestreben hervortrat, die oesterreichischen Abgeordneten zu sich heranzuziehen. Die Letzteren hielten sich sehr reservirt. Als wesentlicher Inhalt der von denselben und insbesondere ihrem Vorführer Dr. Berger abgegebenen Meinungen wird uns Folgendes bezeichnet. Vorerst sei — abgesehen von gerechten Bedenken, welche die bisherige, etwas einseitige preußische Haltung des Abgeordnetentages den Oesterreichern einflößen mußte — von einem Beitritte zu dem Abgeordnetentage noch schwer zu reden, weil es in Oesterreich wohl eine deutsche Stimmung, aber noch keine eigentlich deutsche Partei gebe, welche klar durchgearbeitete politische Ziele verfolge. Auch sei das Reformwerk Se. Majestät des Kaisers für die Oesterreicher ebenso überraschend gewesen, wie für ganz Deutschland und die oesterreichischen Abgeordneten seien verpflichtet, das Verhältniß der Reformact zur Februarverfassung, und eine mögliche Rückwirkung der ersteren auf eine Revision der letzteren — da bekanntlich eine Kompetenzübertragung stattfinden soll — vorerst einer eingehenden Prüfung

zu unterziehen. Die oesterreichischen Abgeordneten erklärten sich übrigens bereit, auf die Bildung einer deutschen Partei in Oesterreich insbesondere im Reichsrathe selbst und auf eine Verständigung mit dem Abgeordnetentage hinzuwirken. Sie behielten sich daher vorerst die Erklärung über den Beitritt zum Abgeordnetentage bevor, ohne in dieser Richtung einen Zeitpunkt zu bestimmen. In der Reformact selbst hoben die oesterreichischen Abgeordneten die Reformact und ihre Entwicklungsfähigkeit hervor und betonten, daß man für Oesterreich an dem Principe der Delegation festhalten müsse, während sie das Wahlprinzip für andere deutsche Staaten als eine offene Frage behandelten, welche ihre Lösung immerhin im Sinne der directen Volkswahl finden könne.

Wie der „Gen. Corr.“ aus Hannover vom 31. v. gemeldet wird, wurde in einer nicht öffentlichen gemeinschaftlichen Sitzung des Magistrats und des Bürgervorsteher-Collegiums beschloßen, dem Könige nach seiner Rückkehr vom Fürstentag zu Frankfurt durch eine Deputation, an der sich der Magistrat und das Bürgervorsteher-Collegium in corpore theilnehmen werden, eine Adresse zu überreichen. Es sind mit diesem Beschlusse die Behörden der allgemeinen Stimmung entgegengekommen, welche letztere sich übrigens unzweifelhaft auch noch auf andere Weise geltend machen wird. Denn sie dürfen dieselbe nicht nach der Theilnahme einiger Hannoveraner an den Beschlüssen beurtheilen. Diese Beschlüsse sind nach den Auslagen eines dieser Theilnehmer lediglich ein Compromiß: Die Nichtpreußen wären mit ihrem Beifalle zu dem kaiserlichen Reformprojecte viel weiter gegangen, wenn sie nicht den stärksten Grund gehabt hätten zu der Besorgniß, die Preußen würden dann den Saal verlassen.

Frankeich.

Paris, 31. August. Statt der französischen Note an das russische Cabinet, die heute im „Moniteur“ erwartet wurde, doch wiederum das Publicum äffte, überrascht das Amtsblatt mit einem kaiserlichen Beschlusse, wodurch eine silberne Denkmünze für die Teilnehmer an der mericanischen Expedition von 1862 und 1863 gestiftet wird. Alle Theilnehmer an der mericanischen Expedition erhalten diese Denkmünze auf Antrag desjenigen Ministers, von welchem das Corps oder der Dienstzug der Expedition zugetheilt wurde. — Endlich ist auch ein Specimen des lange verheißenen mericanischen Silbers hier angekommen; dasselbe besteht in zwei für die hiesige Münze bestimmten Barren aus den Werken von Pachuca. Auf der Münze werden die Modelle zu dem Guadalupe-Orden angefertigt. Der Kaiser hat den Großorden dieses von Almonte restaurirten Ordens angenommen. — Die Kaiserin ist heute nach Biarritz abgereist.

Portugal.

Das „Diario“ von Lissabon vom 25. August veröffentlicht die königliche Bestätigung des Decrets der Cortes, welches den Effectivbestand des Heeres für das laufende Jahr auf 30.000 Mann aller Waffengattungen feststellt. Alle Truppen, deren man sich ohne Nachtheil für den Staatsdienst entäußern kann, werden verabschiedet werden.

Italien.

Aus Lugano vernimmt man, daß der Krankheitszustand Mazzini's sich bedeutend gebessert hat, so daß für dessen Leben nichts mehr zu fürchten sei. Die „Lombardia“ dagegen meldet, Mazzini befände sich in Lugano und conspirire fortwährend gegen die Monarchie.)

Rußland.

Der „Dft. 3.“ wird aus Warschau 29. August geschrieben: Die Insurgenten-Abtheilungen, welche unter Gniek, Eminowski, Gromeka und Rutkowski am 16. d. bei Kazmierz über die Weichsel gegangen, und bis hinter Radom gekommen, aber ohnweit Strzynno am 23. d. von den Russen geschlagen worden waren, hatten die Absicht, sich bei Dpoczno vorbei nach Szjercow zu begeben, um sich dort mit denjenigen Insurgenten zu vereinigen, welche aus der kalischer Gegend dorthin ihren Marsch genommen hatten. Die Wachsamkeit der Russen hat dies aber verhindert und die gleichzeitig von Szjdlowice, Radom, Dpoczno und Bialobrzeg gegen sie in der Richtung auf Przytyk, Głowaczow und Jelnia abgerückten russischen Truppen haben diese Insurgenten-Abtheilungen nach fünf verschiedenen kleineren Gefechten wieder bei Radom nördlich vorbei, nach der Weichsel zurückgedrängt, wobei die Insurgenten abermals einen Verlust von 200 Todten, 100 Gefangenen, vielen Gewehren, Munition und Bagage erlitten, und sich nur durch einen schnellen Uebergang bei Pulaw über die Weichsel, wieder ins Lublinsche zurück, vor völliger Vernichtung retten konnten. Die Insurgenten, welche theilweise die Weichsel (welche jetzt dort sehr leicht ist) wadend überschritten, wurden deshalb von den Russen nicht weiter verfolgt, weil in jener Gegend (bei Pulaw) die Truppen des General Meller-Zakomelski stehen, und die Insurgenten mit ihren gezogenen Kanonen empfangen sollten. Wir erwarten dort abermals einen blutigen Zusammenstoß. Die Verluste der Insurgenten sind in der letzten Woche in den ihnen gemeldeten Gefechten sehr bedeutend gewesen. Die Polen selbst (nicht ihre Blätter, sondern diejenigen, welche selbst Familienglieder verloren haben) schätzen diese Verluste an Gefangenen gegen 700, an Verwundeten auf 500 Mann; dazu kommen dann die vielen Verluste an Gewehren, Munition, Pferden und andern Ausrüstungsgegenständen. Allenfalls werden die Aufständischen von den Russen gedrängt, und können sich jetzt nicht wie früher in einzelnen kleinen Schaaren mehr zeigen; deshalb wird auch ihre Bewegung langsamer, zumal ihnen die für größere Truppenkörper nothwendigen strategischen Kenntnisse fehlen. Denn woher soll diese Kenntnisse ein Brennereischreiber haben, wie Janowski, ein Dekonomieschreiber Eminowski, ein Brauerei-

3. 15364. Edict. (698. 3)

Vom k. k. Krakauer Landesgerichte als Handelsgerichte wird mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider S. Wolf Maliniak das Handlungshaus S. Kaufmann & Comp. eine Wechselplage pcto. 936 Silb. Rubel hiergerichts am 24. August 1863 Z. 15364 angebracht, worüber am heutigen Tage die Zahlungsaufgabe binnen 3 Tagen bei sonstiger wechsellitlicher Execution bewilligt und die durch das k. k. Bezirksgericht in Niepolomice am 4. August 1863, Z. 1413 bewilligte provisorische Sequestration von mehr als 80 Schock Bretter für gerechtfertigt erklärt wurde.

Da der Aufenthaltsort des Belangten unbekannt ist, so hat das k. k. Landesgericht zu seiner Vertretung und auf dessen Gefahr und Kosten den hiesigen Advokaten Hrn. Dr. Bligfeld mit Substituierung des Hrn. Landesadvokaten Dr. Schönborn als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsfache nach dem Wechselverfahren verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach der Belangte erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem k. k. Landesgerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Verteidigung dienlichen vorchriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem er sich die aus deren Verabfassung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben wird.

Krakau, am 25. August 1863.

L. 10687. Edykt. (696. 1-3)

Ces. król. Sąd delegowany miejski Krakowski wiadomo czyni, i uchwałą ces. król. Sądu krajowego Krakowskiego w dniu 28 Lipca 1863 r. do l. 12202 zapadłą — Ignacy Długoszewski za bezwłasnowolnego uznany, i że kuratorem jego p. Józef Długoszewski zamianowanym został.

Kraków, dnia 26go Sierpnia 1863.

L. 14646. Edykt. (697. 1-3)

Ces. król. Sąd krajowy w Krakowie jako władza nadopiekuńcza Józefa Bierkowskiego, znosi przedłożoną na mocy uchwały z dnia 31 Grudnia 1861, l. 22706 nad tymże opiekę na czas nieograniczonej po dojsciu jego do pełnoletności, uznając go za usamowolnionego.

Kraków, dnia 19 Sierpnia 1863 r.

L. 14637. Edykt. (686. 1-3)

Ces. król. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. Antoniego Marcelego Bugajskiego, że przeciw niemu p. Henryk Schönberg o zapłacenie sumy wekslowej 473 zlr. w. a. wniósł pozew i w załatwieniu tegoż pozwu nakaz zapłaty powyższej sumy w przeciągu trzech dni na dniu dzisiejszym wydanym został.

Gdy miejsce pobytu pozwanego nie jest wiadome, przeto c. k. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanego jak również na koszt i niebezpieczeństwo jego tutejszego Adwokata pana Dra. Witskiego kuratorem nieobecnego ustanowił, z którym spór wytoczony według postępowania sądowego w sprawach wekslowych przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwanemu aby w zwyż oznaczonym czasie albo sam stanął, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niego zastępcy udzielił, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrał, i o tém c. k. Sądowi krajowemu doniósł, w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użył, w razie bowiem przeciwnym wynikię z zawiedzenia skutki sam sobie przypisaćby musiał.

Kraków, d. 17 Sierpnia 1863.

3. 3821. Kundmachung. (674 2-3)

Am 17. September l. J. um 3 Uhr Nachmittags wird in der Kanzlei des Podgórzter Magistrates die der Stadtgemeinde Podgórze gehörige unter N. 8 gelegene früher als Brauhaus benützte Realität sammt dem Nebengebäude und der dazu gehörenden Bau- und Garten-Grundstrea im beiläufigen Flächenmaße von 1 Joch 545 □ Klafter im Wege der öffentlichen Versteigerung an den Meistbietenden veräußert werden.

Der Schätzungspreis beträgt 4330 fl. 8 kr., das Badium 433 fl. 8. B.

Hiezu werden Kauflustige mit dem Bemerkten eingeladen, daß die übrigen Licitations-Bedingnisse in der Kanzlei des Podgórzter Magistrates eingesehen, und daß auch schriftliche Offerten eingebracht werden können.

Diese Offerten müssen jedoch, belegt mit dem Badium, deutlich enthalten, den Vor- und Zunamen, sowie Charakter und Wohnort des Offerenten, den Anbot mit Buchstaben, endlich daß dem Offerenten die Licitationsbedingungen vollkommen bekannt sind, und er sich denselben unbedingt unterzieht. Auf später einlangende Offerten wird keine Rücksicht genommen werden.

K. k. Bezirksamt Podgórze am 15. August 1863.

Obwieszczenie.

Ces. król. Urząd powiatowy w Podgórzu ogłasza niniejszym, iż w dniu 17 Września b. r. o godzinie 3cięj po południu odbędzie się w Podgórzu w gmachu magistratualnym publiczna sprzedaż realności miasta Podgórza pod N. 8 położonej, składającej się z byłego browaru, budynku przyobocznego i około 1 m. 545 kwadr. sążni gruntu.

Wartość szacunkowa wynosi 4,330 zlr. 8 kr., a wadyum 430 zlr. w. a.

Do tej licytacji zaprasza się chęć kupna mających z tą uwagą, iż o bliższych warunkach powiązanie można wiadomość w kancelaryi Magistratu miasta Podgórza, tudzież, iż także pisemne oferty wniesione być mogą.

Oferty te jednak mają prócz przypadającego wadyum, zawierać imię, nazwisko, charakter i miejsce pobytu oferenta, tudzież cenę literami wyszczególnioną, jak niemniej, że oferentowi znajome są warunki licytacji, i że takowym bezwarunkowo się poddaje. — Później wniesione oferty nie będą uwzględnione.

Z c. k. Urzędu powiatowego. Podgórz, dnia 15 Sierpnia 1863.

L. 1806. Edykt. (679. 3)

Ces. król. Urząd powiatowy jako Sąd wszystkich tych, którzyby w posiadaniu skryptów dłużnych przez p. Zygmunta Harn na dniu 26go Kwietnia 1849 i 26 Sierpnia 1849 na sumy 100 zlr. m. k. i 50 zlr. m. k. na rzecz p. Jana Katięrsa wystawionych znajdowali się, aby te dokumenta w przeciągu roku i 6 niedziel tu w Sądzie okazali, albowiem w przeciwnym razie te dokumenta amortyzowane zostaną.

Z c. k. Urzędu powiatowego jako Sądu. Wieliczka, 16 Sierpnia 1863.

N. 644. Kundmachung. (691. 3)

Vom Rzeszower k. k. Kreisgerichts-Präsidium wird bekannt gemacht, daß zur Sicherstellung der verschiedenen Erfordernisse des Rzeszower k. k. Kreisgerichtes und Gefangenhäuses auf die Verwaltungsperiode vom 1. November 1863 bis letzten Dezember 1864, als: 276 Klafter hartes Brennholz mit einem Badium von 230 fl., 32 Pfund Milllyferzen, 248 Pfund Unschlittferzen, 1496 Pfd. Brennöl, 69 Ellen Hohlbochte, 8369 Stück Baumwollbochte, 240 Pfund Seife, 48 Pfund Schweinfett mit Knochenmark vermischt mit einem Badium von 88 fl., verschiedener Kanlei-Materialien, wie: 193 Rieß Papier verschiedener Gattung, 228 Bund Federkiele, 22 Pfund Siegelack, 300 Ellen Rebschnüre, 14 Pfund Bindpagat, u. f. w. mit einem Badium per 101 fl., Buchbinderarbeiten mit einem Badium per 20 fl., dann Arrestantenbekleidung, Beschuhung und Wäsche, mit Badium per 40 fl., der Erfordernisse zur Anfertigung und Reparatur der Arrestanten-Montur und Wäsche, des Arrestantenlagerstobes, 750 Stück Birkenkehrbesen, des Materials an Ziegeln, Ralf, Nägeln und Eisenrath zu geringen Hausreparaturen, der Binder, Schlosser, Schmiede- und Glasarbeiten, mit Badium von 2 fl. bis 15 fl. öst. W., die öffentliche Licitacion am 16. September Vormittags 9 Uhr und den folgenden Tagen bei diesem k. k. Kreisgerichte stattfinden wird, wo auch die Licitationsbedingungen eingesehen werden können.

Bis zum Beginn der Licitacion können bei dem k. k. Kreisgerichts-Präsidium und sodann bis zum Schlusse der Licitacion über einzelne in eine Kategorie fallende Erfordernisse auch bei der Licitations-Commission vorchriftsmäßig eingerichtete Offerte überreicht werden.

Rzeszow, den 25. August 1863.

3. 3909 et 3965. Edict. (678. 2-3)

Vom k. k. Kreisgerichte zu Teschen wird hiemit bekannt gemacht: Es habe Herr Dr. Beer wider Chaim Rottenberg in Neufandez pcto. schuldiger Wechselsumme per 429 fl. 34 kr. österr. Währung c. s. c. sub praes. 2. Juni 1863 eine Klage eingereicht und um gerichtliches Erkenntnis hierüber gebeten; in Folge dessen wider Chaim Rottenberg auch die Zahlungsaufgabe de dato 2. Juni 1863 Z. 2662 erlassen wurde.

Nachdem dem k. k. Kreisgerichte der gegenwärtige Aufenthalt des Herrn Beklagten nicht bekannt ist und derselbe sich möglicher Weise außer den k. k. Kronländern befindet, hat dasselbe auf Kosten und Gefahr des letztern den mährisch-schlesischen Landes-Advocaten Herrn Dr. Demel zu seinem Curator bestellt, mit welchem diese Rechtsfache dem Gesetze gemäß verhandelt und hiernach entschieden werden wird. Herr Chaim Rottenberg wird daher hievon mittelst dieses Edictes zu dem Ende in Kenntniß gesetzt, daß er entweder rechtzeitig selbst erscheine oder dem bestellten Herrn Curator seine Rechtsbehelfe an die Hand gebe, oder aber sich einen andern Sachwalter bestelle und diesem Gerichte namhaft mache; überhaupt alles vorsehe, was derselbe zur Wahrung seiner Rechte notwendig erachtet, weil er sonst die Folgen seines Verfaummnisses sich selbst zuzuschreiben haben würde.

Teschen, am 19. August 1863.

L. 12771. Obwieszczenie. (687. 1-3)

Ces. król. Sąd obwodowy Tarnowski niniejszym edyktem wiadomo czyni, iż p. Teodor Mikiciński jako opiekun małoletnich po s. p. Floryanie Karola dwojga imion Mikicińskim oświadczonej spadkobierców mianowicie: Romana Teodora Emila Floryana czworga imion Mikicińskiego i Teodory Maryi dwojga imion Mikicińskiej imieniem tychże i własnym imieniem, tudzież p. Antoni Ciepliński przeciw p. Juliannie Nadglowskiej, Franciszkowi

Nadglowskiemu, p. Bartłomiejowi Humińskiemu, Franciszkowi Jajkowskiemu, Salomei z Humińskich Laborowej, a w razie ich śmierci onychże spadkobiercom wszystkim co do życia i miejsca pobytu niewiadomym o uznanie prawa własności p. Floryana Karola dw. im. Mikicińskiego do części dóbr Radgoszcz „Wielki dwór“ i intabulację oneoż, jako właścicela takowej z zastrzeżeniem praw, jakie p. Antoniemu Cieplińskiemu do indemoizacyi za zniszone powinnosci poddańcze przysługują, tudzież o uznanie i intabulację w stanie biernym pomienionej części rzeczonych dóbr praw jakie p. Teodorowi Mikicińskiemu z kontraktu ddo. Pilzno 23 Kwietnia 1810 przysługują pod dniem 17 Sierpnia 1863 l. 12771, skargę wniósł, i o pomoc sądową prosił, w skutek czego termin na dzień 26 Listopada 1863 o godzinie 10 przed południem wyznaczony został.

Ponieważ pobyt zapozwanych powyżej wymienionych jest niewiadomym, przeto przeznaczył tutejszy Sąd dla zastępstwa na koszt i niebezpieczeństwo tychże zapozwanych tutejszego Adw. p. Dra. Stojakowskiego z substytucją p. Dra. Serdy na kuratora, z którym wniesiony spór według Ustawy cyw. dla Galicyi przepisanej, przeprowadzonym będzie.

Tym edyktem przypomina się zapozwanym, ażeby w przeznaczonym czasie albo się sami osobiście stawili, albo potrzebne dokumenta przeznaczonemu zastępcy udzielił, lub też innego obrońcę obrali, i tutejszemu Sądowi oznajmili, ogólnie do bronięcia prawem przepisane środki użyli, inaczey z ich opóźnienia wynikające skutki sami sobie przypisaćby musieli.

Z rady c. k. Sądu obwodowego. Tarnów, dnia 20 Sierpnia 1863.

3. 613 p. Licitations-Kundmachung. (683.1-3)

Von dem Neufandecer k. k. Kreisgerichts-Präsidium wird bekannt gemacht, daß zur Sicherstellung

- 1. von 72 Klafter harten Brennholzes, 82 Zentner Lagerstroh, 736 Pfund Unschlitt, 66 Pfund Unschlittferzen, 6954 Stück Lampendochte, dann der nöthigen Schmiedearbeiten und Schuhschmiederei für das Gefangenhäus —
2. von 79 Klafter harten Brennholzes, 36 Pfund 16 Loth Unschlitt und 1210 Stück Lampendochte für das Kreisgerichtsgebäude — ferner
3. von 30 Ries klein Concept Maschinpapier, 50 Ries klein Concept Bitten-Papier, 100 Ries klein Kanlei Maschinpapier, 4 Ries Großregal-Padpapier, 1 Ries Tischpapier, 120 Pfund Stearinkerzen, 100 Pfund Argand-Unschlitt-Kerzen, 10 Pfund Lampenöl, 20 Pfund Siegelack, 24 Pfund Bindpagat, 80 Ellen Feinwand, 150 Bund Federkiele, 12 Schock Siegeloblaten, 10 Binden Packpagat, und 50 Stück Rebschnüre — dann der erforderlichen Buchbinderarbeiten für das k. k. Kreisgericht auf das Verwaltungsjahr 1864 bei diesem k. k. Kreisgerichte eine öffentliche Licitacion am 21ten September 1863 und den folgenden Tagen um 9 Uhr Vormittags abgehalten werden wird, wozu Unternehmungslustige eingeladen werden.

Das Badium beträgt für die Unternehmung zu 1. 98 Gulden öst. W., zu 2. 57 Gulden öst. W. und zu 3. 81 Gulden öst. W.

Die Licitationsbedingungen können hiergerichts eingesehen werden. — Auch schriftliche, mit den gesetzlichen Erfordernissen versehene Offerten werden bei der Verhandlung angenommen werden.

Neufandec, am 24. August 1863.

N. 10252. Obwieszczenie. (656. 2-3)

Ces. król. Sąd obwodowy Tarnowski niniejszym edyktem wiadomo czyni, iż p. Jakób Abraham w Tarnowie zamieszkały pod dniem 4 Grudnia 1861 do L. 18571 przeciw Andrzejowi Strzyżowskiemu, Felicyi z Strzyżowskich Romułowej, Rozalii Strzyżowskiej i Kamilowi Strzyżowskiemu o zapłacenie sumy 540 zlr. m. k. czyli 567 zlr. w. a. z przyn. skargę wniósł i o pomoc sądową prosił, w skutek czego termin na dzień 15 Października 1863 o godzinie 9 po południu oznaczonym został.

Ponieważ pobyt zapozwanych sądowi wiadomy nie jest, przeto przeznaczył tutejszy Sąd dla zastępstwa na koszt i niebezpieczeństwo zapozwanych tutejszego Adw. p. Dra. Rosenberga z substytucją p. Dra. Jarockiego na kuratora, z którym wniesiony spór według ustawy cyw. dla Galicyi przepisanej przeprowadzonym będzie.

Tym edyktem przypomina się zapozwanym, ażeby w przeznaczonym czasie albo się sami osobiście stawili, albo potrzebne dokumenta przeznaczonemu zastępcy udzielił, lub też innego obrońcę obrali i tutejszemu Sądowi oznajmili ogólnie do bronięcia prawem przepisane środki użyli inaczey z ich opóźnienia wynikające skutki sami sobie przypisaćby musieli.

Z rady c. k. Sądu obwodowego. Tarnów, dnia 9 Lipca 1863.

Meteorologische Beobachtungen.

Table with 8 columns: Tag, Stunde, Barom.-Höhe auf in Paris. Linie 0° Reaum. red., Temperatur nach Reaumur, Relative Feuchtigkeit der Luft, Richtung und Stärke des Windes, Zustand der Atmosphäre, Erscheinungen in der Luft, Veränderung der Wärme im Laufe des Tages von bis.

Neues Mailänder Staats-Anlehen. Ziehung am 1. October 1863. Gewinne des Anlehens: Frs. 100,000, Frs. 80,000, Frs. 70,000, Frs. 60,000, Frs. 50,000, Frs. 45,000, Frs. 40,000, Frs. 30,000, Frs. 20,000, Frs. 15,000, Frs. 10,000, Frs. 5,000, Frs. 3,000, Frs. 1,000, Frs. 500, Frs. 300, Frs. 200, Frs. 150 u. c. bis abwärts Frs. 46.

Wiener Börse-Bericht vom 2. September. Öffentliche Schuld. A. Des Staates. Zu Centr. W. zu 5% für 100 fl. Geld Paare 73.10 73.20. Aus dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl. mit Zinsen vom Jänner — Junli 83.50 83.60. Vom Jahre 1851, Ser. B. zu 5% für 100 fl. vom April — October 83.60 83.80. Metalliques zu 5% für 100 fl. 77.15 77.25. dito " 4 1/2% für 100 fl. 69 — 69.25. mit Verlosung v. J. 1839 für 100 fl. 157.50 158 —. " 1854 für 100 fl. 95.25 95.50. " 1860 für 100 fl. 101.55 101.65. Gemein-Rentenscheine zu 42 L. austr. 17 — 17.50.

Actien (v. et.) 795 — 796 —. der Nationalbank 193.30 193.50. der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 200 fl. öst. W. 643 — 644 —. der Kaiserl. Ferd. Nordbahn zu 1000 fl. C.M. 1712. 1714. der Staats-Eisenbahn-Gesellschaft zu 200 fl. C.M. oder 500 Fr. 190 — 190.50. der Kaiserl. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. C.M. 148 — 148.50. der Süd-nord. Verbund-B. zu 200 fl. C.M. 126.75 127.25. der Vereinigten österr. lomb. ven. und Centr.-ital. Eisenbahn zu 200 fl. öst. W. oder 500 Fr. 248 — 250 —. der galiz. Karl Ludwig-Bahn zu 200 fl. C.M. 201 — 201.50. der österr. Donau-Dampfschiffahrt-Gesellschaft zu 500 fl. C.M. 437.50 438.50. des österr. Lloyd in Triest zu 500 fl. C.M. 249 — 251 —. der Oest.-Böhm. Staatseisenbahn zu 500 fl. C.M. 395 — 400 —. der Wiener Dampfmühl-Actie-Gesellschaft zu 500 fl. öst. W. 398 — 400 —. der priv. böhmischen Westbahn zu 200 fl. ö. W. 162.25 162.50.

Handbriefe. der Nationalbank 10jährig zu 5% für 100 fl. 102.75 103 —. auf 6 Mz. verlosbar zu 5% für 100 fl. 92.25 92.50. der Nationalbank 1jährig zu 5% für 100 fl. 87.80 88 —. auf öst. W. verlosbar zu 5% für 100 fl. 75 — 75.25. Galiz. Credit-Anstalt öst. W. zu 4% für 100 fl. 75 — 75.25.

Wofe. der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. öst. W. 135.70 135.90. Donau-Dampfschiff-Gesellschaft zu 100 fl. C.M. 92 — 92.50. Triester Stadt-Anleihe zu 100 fl. C.M. 115 — 116 —. zu 50 fl. C.M. 52.50 53 —. Stadtgemeinde Ofen zu 40 fl. öst. W. 34 — 34.50. Eberhazy zu 40 fl. C.M. 94 — 94.50. Salm zu 40 fl. C.M. 36.25 36.50. Balfy zu 40 fl. " 36.75 37.25. Gary zu 40 fl. " 33.50 34 —. St. Genois zu 40 fl. " 34.75 35 —. Windischgrätz zu 20 fl. " 21 — 21.50. Waldheim zu 20 fl. " 20 — 20.50. Reglevid zu 10 fl. " 14.75 15 —.

Wechsel. 3 Monate. Bauf- (Bilag) Sconto. Augsburg, für 100 fl. süddeutscher W. 4% 94.40 94.50. Frankfurt a. M., für 100 fl. süddent. W. 3% 94.50 94.60. Hamburg, für 100 M. W. 3% 83.40 83.50. London, für 10 Pf. Sterl. 4% 111.75 111.80. Paris, für 100 Francs 4% 44.25 44.25.

Cours der Geldorten. Durchschnitts-Cours. Letzter Cours. Kaiserliche Münz-Dufaten 5 33 1/2 5 34 5 33 1/2 5 34. vollw. Dufaten 5 33 1/2 5 34 5 33 1/2 5 34. Krone — — — 15 30 15 35. 20 Francstücke 8 92 1/2 8 94 8 93 8 94. Russische Imperiale — — — 9 18 9 20. Silber 111 65 — 111 50 111 75.

Morgen Samstag den 5. September 1863 wird im Bernreiter'schen Restaurationsgarten ein Doppel-Concert zum Besten des Pensions-Vereines für k. k. Militär-Kapellmeister, ausgeführt von den Musik-Capellen des k. k. Inf.-Regiments König v. Hannover und des 26. Feldjäger-Bataillons stattfinden. Anfang um halb 6 Uhr. — Entrée 20 fr.